

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

44. Sitzung (nicht öffentlich)

4. November 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph/in: Niemeyer, Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in Tagesordnung:

**Information des Innenministers über Anschläge auf
türkische Einrichtungen**

1

1 Haushaltsgesetz 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/2378, 11/2379, 11/2477 und 11/2479
Zuschrift 11/2900

2

Der Ausschuß setzt seinen in der letzten Sitzung begonnenen Beratungsdurchgang fort und erörtert Einzelfragen zu den Personal- und Sachtiteln von Kapitel 03 310 bis zum Ende des Einzelplans 03.

In der nächsten Sitzung soll über den Haushaltsentwurf abgestimmt werden.

2 Aufbau der Landesverwaltung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6060
Vorlage 11/2328
Zuschrift 11/2870

8

Der Ausschuß berät den Antrag abschließend und entscheidet darüber.

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 11/6060 wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P., bei Abwesenheit der Fraktion der GRÜNEN, angenommen.

**3 Sicherheit durch Einbindung der Bürger in die
Kriminalitätsbekämpfung**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6000

10

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuß auf Antrag der CDU-Fraktion, eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Sie soll am 27. Januar 1994 stattfinden.

**4 Stand des Einsatzes der Informationstechnik im
Geschäftsbereich des Innenministeriums**

Vorlage 11/2478

11

Vorlage 11/2478 wird im Rahmen einer kurzen Aussprache zur Kenntnis genommen.

**5 Einsatz privater Computer für dienstliche Zwecke
im Bereich der Polizei**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6068

13

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme der F.D.P. bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

6 Konzeption zur Neuordnung der Ausbildung bei der Polizei

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1341

14

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. und in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

7 Konzept "Polizei 2000"

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2525

14

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des Vertreters der F.D.P. und bei Abwesenheit des Vertreters BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

8 Nordrhein-Westfalen gegen "Lauschangriff"

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3804

15

Die Abstimmung wird vertagt. Der Vorsitzende wird mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Gespräch über die Teilnahme eines ihrer Vertreter an den Ausschußsitzungen führen.

Wenn der Bund aber aus außenpolitischen oder anderen Erwägungen ein Verbot aussprechen wolle, werde er sich nicht dagegen wehren, sondern es unterstützen.

1 Haushaltsgesetz 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/2378, 11/2379, 11/2477 und 11/2479
Zuschrift 11/2900

Der Ausschuß setzt seinen in der letzten Sitzung begonnenen Beratungsdurchgang fort. Bei folgenden Kapiteln ergeben sich Wortmeldungen:

Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Abgeordneter Frechen (SPD) fragt, was die auf Seite 193 des Haushaltsentwurfs für die Ansatzserhöhung gegebene Begründung "Neuberechnung des Ansatzes" bedeute.

Nach Angaben von Ministerialdirigent Dr. Rombach (Innenministerium) verbirgt sich dahinter die Neuberechnung der Bezüge nach Alter und Familienstand - eine Routineoperation, die das Finanzministerium jedes Jahr vornehme. Die Ausweisung der Beträge erfolge in allen Ressorts nach den Vorgaben des Finanzministers.

Titelgruppe 78 - Zusätzliche ADV-Ausstattung und sonstige Maßnahmen zum Ausgleich von Personalabbau

Auf die Frage des Abgeordneten Frechen (SPD), wie der Anstieg der Personalkosten in dieser Titelgruppe mit der Ausweisung der kw-Stellen in Übereinstimmung zu bringen sei, erläutert Staatssekretär Riotte (Innenministerium), die Auflage, 783 Stellen einzusparen, setze einen massiven ADV-Einsatz voraus, der zunächst zusätzlichen Aufwand mit sich bringe. Hierfür seien neue Stellen eingerichtet worden; außerdem sollten Sachmittel bereitgestellt werden, um Programme und Hardware zu kaufen. Mit den Stelleneinsparungen könne erst begonnen werden, wenn entsprechende ADV-Programme zur Verfügung stünden.

Abgeordneter Frechen (SPD) weist darauf hin, daß gegenüber der Polizei anders argumentiert werde. In einem Schreiben an die Gewerkschaft der Polizei habe das Innenministerium einen Personalmehrbedarf für Zwecke der ADV-Ausstattung in Abrede gestellt.

StS Riotte (IM) nennt einen wesentlichen Unterschied: Für die Regierungspräsidenten liege ein Organisationsgutachten vor, das Aussagen treffe, unter welchen Bedingungen eine bestimmte Anzahl von Beschäftigten eingespart werden könne. Entsprechende Erkenntnisse gebe es für die Polizei nicht, so daß man sich dort behelfen müsse - in der Hoffnung, daß sich auch das nach einigen Jahren auszahle.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Frechen (SPD) erläutert StS Riotte (IM), für die ADV-Schulung der Polizeibeamten würden teilweise auch Fachkräfte von außen hinzugezogen. - Er bitte, bei einem Vergleich auch den Unterschied der Gesamtzahl der Beschäftigten zu sehen: Während die Regierungspräsidenten insgesamt 5 000 Stellen hätten, von denen 15 % eingespart werden sollten, könne die Polizei auf einen Personalkörper von 50 000 zurückgreifen.

Für Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU) wäre dies ein Grund, noch mehr Leute zu engagieren, um die Polizeibeamten zu unterweisen. - Auch Abgeordneter Frechen (SPD) sähe es angesichts des unbestrittenen Personalmangels bei der Polizei gern, die Erstausbildung derer, die mit Geräten vertraut gemacht werden müßten, fremd zu vergeben.

In dem Umfang, wie es wirtschaftlich vertretbar erscheine, geschehe das durchaus, entgegnet **StS Riotte (IM)**. Es mache aber wenig Sinn, z. B. die Schulung der Polizeibeamten in den Wachen außer Haus zu vergeben. Sowohl die Schulenden wie auch die Geschulthen verrichteten zusätzlich ihren normalen Dienst.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) kommt zurück auf die Regierungspräsidien und fragt, ob er aus den Antworten schließen könne, daß die Zündel-Vorschläge weitgehend übernommen würden.

StS Riotte (IM) bejaht. Die Zündel-Vorschläge zur Aufbauorganisation seien schon weitestgehend umgesetzt worden. Die Vorschläge zur Ablauforganisation summierten sich zu dem Abbau von 783 Stellen, der mit Hilfe der eingeleiteten Maßnahme bis zum Jahre 2000 verwirklicht werden solle.

Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen

Titel 427 10 - Vergütung für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit

Auf Frage des **Abgeordneten Meyers (CDU)** bestätigt **Minister Dr. Schnoor**, daß das Verhältnis zwischen haupt- und nebenamtlich erteiltem Unterricht nicht 60 : 40, wie vorgesehen, sondern eher 40 : 60 betrage. Daran werde sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Der Anteil des hauptamtlich erteilten Unterrichts sei vor einiger Zeit sogar noch geringer gewesen; durch die Hinzuziehung von Fachkräften der Polizei für die Polizeiausbildung habe sich die Relation etwas zugunsten des hauptamtlich erteilten Unterrichts verschoben. Diese Hauptamtler seien allerdings keine Fachhochschulprofessoren und würden auch nicht im Stellenplan der Fachhochschule geführt, sondern kämen aus dem Personalbestand der Polizei.

Abgeordneter Frechen (SPD) möchte angesichts des hohen Grades an nebenamtlich erteiltem Unterricht wissen, ob die Landesregierung an eine Einschränkung von Nebentätigkeiten denke und gegebenenfalls berücksichtigen wolle, daß Ausnahmen gemacht werden müßten. - **Minister Dr. Schnoor** entgegnet, die Landesregierung habe Vorschläge von Bundespolitikern zu einer Einschränkung der Nebentätigkeiten

bisher nicht aufgegriffen und denke zur Zeit auch nicht daran, eine Initiative zu starten. Zur Aufrechterhaltung der Lehrtätigkeit an der Fachhochschule sei man auf Nebentätigkeiten angewiesen.

Zu der Anmerkung des Abgeordneten Kuhl (F.D.P.), daß der Ansatz für die Vergütungen für nebenamtlich und nebenberuflich erteilten Unterricht ja um mehr als 2 Millionen DM auf 5,2 Millionen DM ansteigen solle, stellt StS Riotte (IM) klar, daß die Ist-Ausgaben 1992 schon bei 4,9 Millionen DM gelegen hätten, so daß der Ansatz für 1994 nur eine Anpassung an die gegebenen Verhältnisse bedeute.

Kapitel 03 370 - Fortbildungsakademie des Innenministeriums NW

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) wirft die Frage auf, ob die Aufgabe des Standortes Attendorn zum jetzigen Zeitpunkt, wo in Herne nur ein Provisorium existiere, in Attendorn aber die alten Räumlichkeiten noch vorhanden seien, unter wirtschaftlichen Aspekten wirklich sinnvoll sei.

Eine Aufrechterhaltung des Standortes Attendorn erforderte nach Angaben von Minister Dr. Schnoor dort erhebliche Investitionen. Anmietungen könnten genauso gut in Herne erfolgen. Er sehe nicht, daß es wirtschaftlich vernünftiger wäre, noch in Attendorn zu bleiben.

StS Riotte (IM) ergänzt, hinter der Aufgabe des Standortes Attendorn stehe auch die Absicht, das Fortbildungskonzept zu ändern. Statt der Wochen-Veranstaltungen sollten künftig mehr ein- bis dreitägige Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden. Im Hinblick auf die Dauer der Anreise sei ein zentralerer Standort günstiger als Attendorn. Außerdem stelle die Art der Unterbringung - die sehr spartanisch, inzwischen fast heruntergekommen sei - den Erfolg des Fortbildungsprogramms in Frage.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) bittet um Angabe der Mehrkosten, die aufgrund der Aufgabe des Standortes Attendorn in den Jahren 1993 und 1994 anfielen. - Minister Dr. Schnoor sagte eine schriftliche Beantwortung zu. - Abgeordnete Hussing (CDU) hätte gern die Reisekosten der Bediensteten gesondert aufgeführt.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.) fragt, ob es Überlegungen gebe, die verschiedenen Fortbildungsakademien des Landes zusammenzufassen. Es erscheine ihm z. B. merkwürdig, daß das Bauministerium zur Zeit eine spezielle Akademie für seine Bediensteten errichte.

Die Konzentration sei ein Gesichtspunkt, weshalb er interessiert sei, mit der Fortbildungsakademie des Innenministeriums endlich voranzukommen, antwortet **Minister Dr. Schnoor**. Dabei sei allerdings zwischen der allgemeinen und der ressortbezogenen Fortbildung zu unterscheiden. Er lege großen Wert darauf, daß das Innenministerium seine Zuständigkeit für die allgemeine Fortbildung der gesamten Landesverwaltung behalte. Dann müsse man aber Schritt halten können und eine gute Fortbildungseinrichtung vorzuweisen haben.

Die fachbezogene Fortbildung werde schon aufgrund des wachsenden Fortbildungsbedarfs von den jeweiligen Ressorts selbständig durchgeführt werden müssen. Bei der angesprochenen Einrichtung des Bauministeriums handele es sich um fachbezogene Fortbildung, die die Akademie des Innenministeriums nicht abdecken könne.

Kapitel 03 410 - Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen Bad Godesberg

Auf die Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)**, ob der Innenminister hier die Notwendigkeit von Nebentätigkeiten genauso beurteile wie bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung entgegnet **Minister Dr. Schnoor**, es handele sich um einen prinzipiell anderen Sachverhalt: Während bei der Fachhochschule der Lehrbetrieb ohne nebenamtlich erteilten Unterricht nicht aufrechterhalten werden könne, gebe es andere Fälle, in denen das Interesse von Beamten an einer Nebentätigkeit im Vordergrund stehe.

Ob es bei den Aufgaben des Landesvermessungsamtes Überlegungen in Richtung Privatisierung gebe, möchte **Abgeordneter Kuhl (F.D.P.)** wissen. - **StS Riotte (IM)** verweist auf den Landesrechnungshof, der gegenwärtig diese Behörde prüfe und vermutlich zu dieser Frage Stellung nehmen werde. Bis zum Abschluß der Prüfung werde es aber sicherlich noch einige Monate dauern.

Kapitel 03 710 - Feuerschutz

Titel 883 00 - Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes

Auf entsprechende Fragen des Abgeordneten Frechen (SPD) erläutert StS Riotte (IM), die Ansatzserhöhung um 13 Millionen DM sei die Folge des erhöhten Aufkommens. Es seien mehr Versicherungsverträge für höherwertige Gebäude abgeschlossen worden. Daß die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände dennoch diesen Ansatz als unzureichend betrachte, beruhe auf der Verkenning der Tatsache, daß der Feuerschutz eine gemeindliche Aufgabe und nicht eine Aufgabe des Landes sei. An dem Sachverhalt habe sich jedenfalls nichts geändert: Die eingehenden Mittel kämen ausschließlich dem Feuerschutz zugute; eine solche Zweckbindung sei auch im Gesetz festgelegt.

Kapitel 03 810 - Wiedergutmachung

Abgeordnete Heemann (SPD) wüßte gern, inwieweit die Mittel 1993 voraussichtlich ausgeschöpft würden und ob es sinnvoll sei, eine gegenseitige Deckungsfähigkeit einzurichten, um gegebenenfalls den Härtefonds - Titel 681 10 - besser auszustatten, falls mehr Anträge anstünden, als bedient werden könnten.

StS Riotte (IM) antwortet, bei dem größten Titel dieses Kapitels - Titel 686 12 - habe der Ansatz 1992 nicht ausgereicht, und auch der Ansatz des Jahres 1993 werde wahrscheinlich um 3 Millionen DM überschritten werden müssen. Gegen die Verankerung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit spreche auch, daß es sich bei der Wiedergutmachung um gesetzliche Leistungen handele, die vom Land und vom Bund gemeinsam aufgebracht werden müßten.

Zu der Bemerkung des Abgeordneten Kuhl (F.D.P.), die Ansätze der Wiedergutmachung müßten doch irgendwann heruntergehen, stellt StS Riotte (IM) fest, die Zahl der Leistungsempfänger sinke auch, und die Leistungen gingen ebenfalls zurück - nur nicht in dem angenommenen Umfang.

Abgeordnete Opladen (CDU) erklärt, mit der Aufstockung des Betrages von 1 Million DM, der dem Härtefonds zur Verfügung gestellt worden sei, wäre ihre Fraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einverstanden. Zur Zeit sehe es auch danach aus, daß die Mittel reichen könnten; jedenfalls sollte die Entwicklung im nächsten Jahr zunächst abgewartet werden.

Nach Beendigung des Beratungsdurchgangs erinnert **StS Riotte (IM)** an das Schreiben des Innenministers vom 13. Oktober, mit dem dieser darauf hingewiesen habe, daß im Zusammenhang mit der vorgesehenen Neuordnung der Zuständigkeiten für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Stellenumsetzungen erforderlich seien. Das Ministerium habe die Hoffnung, daß dieses Anliegen von einer der Fraktionen aufgegriffen werde.

2 Aufbau der Landesverwaltung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6060
Vorlage 11/2328
Zuschrift 11/2870

Der **Vorsitzende** erläutert, der federführende Ausschuß wolle über diesen Antrag alsbald entscheiden, so daß der Innenausschuß heute oder spätestens in der nächsten Sitzung seine Stellungnahme abgeben müsse.

Abgeordneter Frechen (SPD) sieht angesichts der umfänglichen Beratungen im federführenden Ausschuß keinen großen Beratungsbedarf des Ausschusses für Innere Verwaltung. Seine Fraktion sei bereit, dem Antrag heute zuzustimmen.

Für die Gesamtproblematik gebe es zwei Lösungswege: entweder zuerst eine umfangreiche Aufgabenanalyse vorzunehmen und auf der Grundlage der Ergebnisse die Strukturen festzulegen oder zuerst die Strukturen im groben festzulegen und dann die Aufgabenanalyse im einzelnen abzuarbeiten. Die SPD-Fraktion habe sich für den zweiten Weg entschieden.